

**MICHAEL J.
SANDEL**

Wie die
Leistungsgesellschaft
unsere
Demokratien
zerreißt

**VOM ENDE
DES
GEMEINWOHLS**

S. FISCHER



Michael J. Sandel

Vom Ende des Gemeinwohls

Wie die Leistungsgesellschaft unsere
Demokratien zerreißt

Aus dem amerikanischen Englisch
von Helmut Reuter

 | E-BOOKS

Über dieses Buch

Weltweit sind die Populisten auf dem Vormarsch – Michael J. Sandel erklärt, warum

Die Demokratien stehen auf dem Prüfstand, wir sind Zeugen einer populistischen Revolte. Die Wahl Trumps, der Brexit, der Erfolg der AfD – das sind die wütenden Antworten auf die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft. Die großen Parteien müssen sich verändern und die Bürger ernst nehmen. Deren Protest richtet sich nicht nur gegen Einwanderung, Outsourcing oder sinkende Löhne – er wehrt sich gegen die Tyrannei der Leistungsgesellschaft, und diese Klage ist berechtigt. Denn das Versprechen, harte Arbeit führe zum Erfolg, wurde nicht eingelöst. Stattdessen ist unsere Gesellschaft gespalten in Gewinner und Verlierer, die keine Solidarität kennen. Michael Sandel fordert eine Politik des Gemeinwohls, die Gerechtigkeit und Wertschätzung als Grundlagen einer modernen Gesellschaft anerkennt.

Weitere Informationen finden Sie auf www.fischerverlage.de

Biografie

Michael J. Sandel, geboren 1953, ist politischer Philosoph. Er studierte in Oxford und lehrt seit 1980 in Harvard. Seine Vorlesungsreihe über Gerechtigkeit begeisterte online Millionen von Zuschauern und machte ihn zum weltweit populärsten Moralphilosophen. »Was man für Geld nicht kaufen kann« wurde zum internationalen Bestseller. Seine Bücher beschäftigen sich mit Ethik, Gerechtigkeit, Demokratie und Kapitalismus und wurden in 27 Sprachen übersetzt.

Helmut Reuter, geboren 1946, arbeitet seit 1995 als freier Übersetzer aus dem Englischen und Französischen. Neben den Werken Michael J. Sandels hat er u.a. Bücher von John Hands, Lawrence M. Krauss oder Niall Ferguson übersetzt. Er lebt in der Nähe von München.

Impressum

Deutsche Erstausgabe

Erschienen bei FISCHER E-Books

Die Originalausgabe erschien 2020 unter dem Titel ›The Tyranny of Merit: What's Become of the Common Good?‹ bei Farrar, Straus and Giroux, New York

© Michael J. Sandel

Für die deutsche Ausgabe:

© 2020 S. Fischer Verlag GmbH, Hedderichstr. 114, D – 60596 Frankfurt am Main

Covergestaltung: KOSMOS - Büro für visuelle Kommunikation

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Dieses E-Book ist urheberrechtlich geschützt.

ISBN 978-3-10-491175-5

Dieses E-Book ist urheberrechtlich geschützt.

Die Nutzung unserer Werke für Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG behalten wir uns explizit vor.

Hinweise des Verlags

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Im Text enthaltene externe Links begründen keine inhaltliche Verantwortung des Verlages, sondern sind allein von dem jeweiligen Dienstanbieter zu verantworten. Der Verlag hat die verlinkten externen Seiten zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung sorgfältig überprüft, mögliche Rechtsverstöße waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Auf spätere Veränderungen besteht keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.

Dieses E-Book enthält möglicherweise Abbildungen. Der Verlag kann die korrekte Darstellung auf den unterschiedlichen E-Book-Readern nicht gewährleisten.

Wir empfehlen Ihnen, bei Bedarf das Format Ihres E-Book-Readers von Hoch- auf Querformat zu ändern. So werden insbesondere Abbildungen im Querformat optimal dargestellt. Anleitungen finden sich i.d.R. auf den Hilfeseiten der Anbieter.

Inhalt

[Widmung]

Prolog

Einführung: Reinkommen

1 Gewinner und Verlierer

2 »Groß, weil gut«: Eine kurze Moralgeschichte von
Leistung und Verdiensten

3 Das Gerechte vom Aufstieg

4 Kredentialismus: Das letzte akzeptable Vorurteil

5 Die Ethik des Erfolgs

6 Der Ausleseapparat

7 Arbeit anerkennen

Schluss: Leistung und das Gemeinwohl

Danksagung

Personen- und Sachregister

Für Kiku, in Liebe

Prolog

Als 2020 die Coronavirus-Pandemie zuschlug, waren die USA wie viele andere Länder nicht vorbereitet. Obwohl es im Jahr zuvor Warnungen von Experten für öffentliche Gesundheit wegen der Gefahr einer globalen Virusansteckung gegeben hatte, und selbst als China im Januar mit dem dortigen Ausbruch kämpfte, waren die USA nicht in der Lage, die ausgedehnten Tests durchzuführen, mit denen man die Krankheit vielleicht hätte eindämmen können. Als dann die Ansteckung um sich griff, sah sich das reichste Land der Welt außerstande, auch nur adäquate Gesichtsmasken und andere Schutzkleidung bereitzustellen, die vom medizinischen Personal benötigt wurden, um die Flut der infizierten Patienten zu behandeln. Kliniken und die Verwaltungen der Bundesstaaten versuchten vergebens, eine ausreichende Zahl lebensrettender Atemgeräte zu beschaffen.

Diese mangelhafte Vorbereitung hatte mehrere Ursachen. Präsident Donald Trump ignorierte die Warnungen der Gesundheitsberater, spielte die Krise mehrere entscheidende Wochen lang herunter und behauptete noch Ende Februar: »Wir haben das sehr gut unter Kontrolle ... Wir haben Unglaubliches geleistet ... Es wird wieder verschwinden.« Die

Zentren für Krankheitskontrolle und Vorbeugung (Centers for Disease Control and Prevention, CDC) verteilten anfangs fehlerhafte Testkits und fanden dafür nur langsam eine Lösung. Und Jahrzehnte des Auslagerns durch amerikanische Unternehmen hatten die USA bei der Produktion von chirurgischen Masken und medizinischem Gerät in eine fast vollständige Abhängigkeit von chinesischen und anderen ausländischen Herstellern gebracht. [1]

Die mangelnde logistische Vorbereitung war die eine Seite, daneben war das Land aber auch moralisch nicht für die Pandemie gerüstet. Die Jahre bis zur Krise waren eine Zeit tiefer Spaltung – wirtschaftlich, kulturell und politisch. Jahrzehnte zunehmender Ungleichheit und kultureller Feindseligkeit hatten 2016 zu einer populistischen Gegenreaktion und zur Wahl Trumps geführt. Kurz nachdem dieser ein Amtsenthebungsverfahren hinter sich gebracht hatte, ohne sein Amt zu verlieren, fand er sich als oberster Lenker inmitten der schwersten Krise wieder, der das Land seit den terroristischen Attacken vom 11. September 2001 gegenüberstand. Die parteiische Spaltung bestand weiter, während die Krise sich verschärfte. Wenige Republikaner (29 Prozent) trauten den Nachrichtenmedien zu, dass sie verlässliche Informationen zum Coronavirus lieferten; wenige Demokraten (19 Prozent) trauten den Informationen, die Trump lieferte. [2]

Mitten in den Hader und das Misstrauen der Parteien platzte eine Seuche, die jene Art von Solidarität erfordert, zu der

außerhalb von Kriegszeiten nur wenige Gesellschaften aufrufen können. Menschen in aller Welt wurden beschworen und in vielen Fällen angewiesen, Distanz zu ihren Mitmenschen zu wahren, die Arbeit einzustellen und zu Hause zu bleiben. Diejenigen, die nicht im Homeoffice arbeiten konnten, sahen sich mit ausfallenden Lohnzahlungen und verschwindenden Jobs konfrontiert. Die größte Gefahr stellte das Virus für Menschen fortgeschrittenen Alters dar, doch es konnte auch junge Leute treffen, und sogar diejenigen, die es unbeschadet überstehen konnten, hatten Eltern und Großeltern, um die sie sich sorgten.

Moralisch gesehen wurden wir von der Pandemie an unsere Verwundbarkeit und wechselseitige Abhängigkeit erinnert: »Wir sitzen alle im selben Boot«. Nach diesem Schlagwort griffen Amtsträger und Berater instinktiv. Doch die damit heraufbeschworene Solidarität war eine Solidarität der Furcht, einer Furcht vor Ansteckung, die eine »soziale Distanzierung« erforderte. Die öffentliche Gesundheit verlangte von uns, dass wir unsere Solidarität, unsere gemeinsame Verletzlichkeit dadurch zum Ausdruck brachten, dass wir Abstand hielten und die Einschränkungen der Selbstisolierung befolgten.

Im Kontext der Pandemie war die Koinzidenz von Solidarität und Trennung sinnvoll. Abgesehen vom heroischen medizinischen Personal und den Rettungsdiensten, deren Hilfe für die Betroffenen physische Anwesenheit notwendig machte, von den Kassenkräften in Supermärkten und den Beschäftigten der Lieferdienste, die ihre Gesundheit riskierten, um

Lebensmittel und andere Vorräte zu denen zu bringen, die zu Hause Zuflucht suchten, sagte man den meisten von uns, wir würden unsere Mitmenschen am besten dadurch schützen, dass wir uns von ihnen fernhielten.

Doch das moralische Paradoxon der Solidarität durch Separation verdeutlichte, dass die Behauptung, wir säßen »alle im selben Boot«, ein wenig hohl klingt. Sie beschreibt keinen Gemeinsinn, der sich in einer fortwährenden Praxis wechselseitiger Verpflichtung und gemeinsamen Opfern ausdrückt. Im Gegenteil – die Behauptung trat zu einer Zeit fast beispielloser Ungleichheit und parteiischen Haders auf. Genau jenes marktgetriebene Projekt der Globalisierung, das die USA ohne Zugang zur heimischen Herstellung von chirurgischen Masken und Medikamenten zurückgelassen hatte, hatte eine sehr große Zahl von Arbeitskräften ihrer gutbezahlten Jobs und sozialer Wertschätzung beraubt.

Gleichzeitig waren diejenigen, die die wirtschaftliche Beute der globalen Märkte, Lieferketten und Kapitalflüsse an sich rissen, immer weniger von ihren Mitbürgern abhängig, sowohl als Produzenten wie als Konsumenten. Ihre ökonomischen Aussichten und Identitäten waren nicht mehr an lokale oder nationale Gemeinschaften geknüpft. Indem die Gewinner der Globalisierung sich so von den Verlierern absetzten, praktizierten sie ihre eigene Art der sozialen Distanzierung.

Die entscheidende politische Trennung, erklärten die Gewinner, beziehe sich nicht mehr auf links gegen rechts, sondern auf offen gegen geschlossen. In einer offenen Welt

hängt Erfolg von Bildung ab – man muss sich selbst dafür rüsten, in einer globalen Wirtschaft konkurrieren und siegen zu können. Die Staaten müssen also gewährleisten, dass alle die gleiche Chance auf eine Ausbildung bekommen, von der ihr Erfolg abhängt. Damit einhergeht aber, dass diejenigen, die an der Spitze landen, zu der Überzeugung gelangen, sie hätten ihren Erfolg verdient. Und wenn die Chancen wirklich gleich sind, heißt das, dass diejenigen, die zurückgelassen werden, ihr Schicksal ebenso verdient haben.

Diese Art des Erfolgsdenkens macht es einem schwer zu glauben, dass wir »alle im selben Boot sitzen«. Es lädt die Gewinner ein, ihren Erfolg auf die eigene Arbeit zurückzuführen, während die Verlierer den Eindruck bekommen, dass die an der Spitze mit Verachtung auf sie herabschauen. Das erklärt zum Teil, warum diejenigen, die von der Globalisierung zurückgelassen wurden, wütend und verärgert reagierten, und warum sie sich zu autoritären Populisten hingezogen fühlten, die gegen die Eliten schimpfen und versprechen, die Landesgrenzen wieder mit aller Macht zu verteidigen.

Jetzt sind es genau diese politischen Figuren, die trotz ihres Argwohns gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen und globaler Kooperation die Pandemie eindämmen müssen. Das wird nicht leicht werden. Denn um die gegenwärtige globale Krise des öffentlichen Gesundheitswesens bewältigen zu können, brauchen wir nicht nur medizinische und

wissenschaftliche Expertise, sondern auch eine moralische und politische Erneuerung.

Die toxische Mischung aus Überheblichkeit und Verbitterung, die Trump an die Macht gebracht hat, ist sehr wahrscheinlich keine allzu gute Quelle für die jetzt notwendige Solidarität. Jede Hoffnung auf eine Erneuerung unseres moralischen und gesellschaftlichen Lebens hängt davon ab, dass wir verstehen, wie unsere sozialen Bindungen und der Respekt füreinander im Lauf der letzten vier Jahrzehnte zunichtegemacht worden sind. Mit diesem Buch möchte ich erklären, wie es dazu kam, und erwägen, wie wir den Weg zu einer Politik des Gemeinwohls finden können.

31. März 2020

Brookline, Massachusetts

Einführung: Reinkommen

Im März 2019, als Schüler der High Schools auf die Ergebnisse ihrer Uni-Bewerbungen warteten, veröffentlichten Bundesanwälte eine erstaunliche Bekanntmachung. Sie klagten 33 wohlhabende Eltern an, sich auf ein ausgeklügeltes Betrugssystem eingelassen zu haben, damit ihre Kinder bei Elite-Universitäten angenommen wurden, darunter Yale, Stanford, Georgetown und die University of Southern California. [1]

Im Zentrum des Schwindels stand ein skrupelloser Berater für College-Zulassungen namens William Singer. Er leitete eine Firma, die sich um ängstliche, betuchte Eltern kümmerte. Singers Unternehmen war darauf spezialisiert, das stark auf Wettbewerb ausgelegte Zulassungssystem der Universitäten zu manipulieren, das in den letzten Jahrzehnten zum wichtigsten Tor zu Wohlstand und Ansehen geworden war. Für Schüler, denen die von den Spitzen-Unis verlangten astronomischen Qualifikationen fehlten, entwickelte Singer unlautere Umgehungsmöglichkeiten – er bezahlte die Prüfer von Tests wie SAT und ACT dafür, die Antwortbögen von Schülern zu korrigieren und so deren Ergebnisse zu verbessern, bestach Trainer, Bewerber zu angeworbenen Sportlern zu erklären,

auch wenn die Schüler den Sport gar nicht ausübten. Er lieferte gefälschte Sportzeugnisse und kopierte die Gesichter von Bewerbern mittels Photoshop in Aufnahmen aktiver Athleten.

Singers gesetzwidriger Zulassungsdienst war nicht billig. Der Vorsitzende einer angesehenen Anwaltskanzlei bezahlte 75000 Dollar dafür, dass seine Tochter an einem Universitäts-Eintrittsexamen teilnehmen konnte. Das betreffende Testzentrum wurde von einem Prüfer beaufsichtigt, den Singer dafür bezahlte, dass die Schülerin die erforderliche Note auch bekam. Eine Familie bezahlte Singer 1,2 Millionen Dollar, damit ihre Tochter als Anwärtlerin für die Fußballmannschaft von Yale angenommen wurde, obwohl sie mit Fußball nichts zu tun hatte. 400000 Dollar der Summe verwendete Singer, um den gefälligen Trainer zu bestechen, der ebenfalls angeklagt wurde. Eine Fernsehschauspielerinnen und ihr Mann, ein Modedesigner, bezahlten Singer 500000 Dollar dafür, dass er ihren beiden Töchtern die Aufnahme als fingierte Anwärtlerinnen für die Rudermannschaft der University of Southern California ermöglichte. Eine andere prominente Persönlichkeit, die durch ihre Rolle in der Serie *Desperate Housewives* bekannte Schauspielerinnen Felicity Huffman, ergatterte irgendwie einen Sonderpreis: Für nur 15000 Dollar ließ Singer die SAT-Ergebnisse ihrer Tochter manipulieren. [2]

Insgesamt nahm Singer innerhalb der acht Jahre, in denen er seinen Schwindel mit den Uni-Zulassungen betrieb, 25 Millionen Dollar ein.

Der Skandal löste allgemeine Empörung aus. In einer Zeit der Polarisierung, in der die Amerikaner sich kaum auf irgendetwas einigen konnten, wurde er über das gesamte politische Spektrum hinweg in allen Medien porträtiert und verurteilt – auf Fox News und MSNBC, im *Wall Street Journal* und in der *New York Times*. Alle waren sich einig, dass es verwerflich sei, die Aufnahme an Elite-Universitäten durch Bestechung und Betrug zu erlangen. Doch die Entrüstung brachte noch etwas anderes zum Ausdruck, etwas, das tiefer reichte als der Ärger über privilegierte Eltern, die illegale Mittel nutzten, um ihren Kindern den Zugang zu prestigeträchtigen Unis zu verschaffen. Auf eine Weise, die nur schwer in Worte zu fassen war, handelte es sich um einen sinnbildlichen Skandal: Einen, der weitaus größere Fragen zu dem Thema aufwarf, wer warum vorankommt.

Die Empörung äußerte sich zwangsläufig in politisch unterschiedlich gefärbten Aussagen. Stellvertreter von Präsident Trump nutzten Twitter und Fox News, um die in den Schwindel verstrickten Liberalen Hollywoods anzuprangern. »Schaut euch an, wer diese Leute sind«, höhnte Lara Trump, eine Schwiegertochter des Präsidenten, auf Fox. »Die Eliten Hollywoods, die liberalen Eliten, die immer über Gleichheit für alle geredet haben, und dass jeder eine faire Chance bekommen sollte, sie sind die größten Heuchler von allen: Sie schreiben Schecks aus, um zu betrügen und ihre Kinder in diese Schulen zu kriegen – wo die Studienplätze doch eigentlich an die Kinder gehen sollten, die sie wirklich verdienen.« [3]

Die Liberalen ihrerseits stimmten zwar zu, dass der Betrug qualifizierten Kindern die Plätze vorenthielt, die sie verdienten. Sie sahen darin jedoch eher ein eklatantes Beispiel einer viel weiter verbreiteten Ungerechtigkeit: Der generellen Rolle von Reichtum und Privilegien bei der Uni-Zulassung, auch wenn nichts Ungesetzliches daran beteiligt war. Bei der Verkündung der Anklage erklärte der Staatsanwalt, welcher Grundsatz hier auf dem Spiel stand: »Es darf kein separates Zulassungssystem für Reiche geben.« [4] Doch Leitartikler und Kommentatoren wiesen schnell darauf hin, dass bei der Vergabe von Studienplätzen regelmäßig Geld im Spiel sei – am auffälligsten bei der besonderen Berücksichtigung, die Kindern von Alumni und großzügigen Spendern an vielen amerikanischen Universitäten zuteilwürde.

Als Reaktion auf die Versuche von Trump-Anhängern, liberalen Eliten die Schuld an dem Zulassungsskandal zuzuschieben, veröffentlichten Liberale Berichte, wonach Jared Kushner, der Schwiegersohn des Präsidenten, trotz bescheidener Noten in Harvard angenommen worden war, nachdem sein Vater, ein reicher Immobilienentwickler, der Universität 2,5 Millionen Dollar gespendet hatte. Trump selbst soll der Wharton School an der University of Pennsylvania angeblich 1,5 Millionen Dollar gespendet haben, als seine Kinder Donald Jr. und Ivanka die Business School besuchten. [5]

Die ethischen Aspekte der Uni-Zulassung

Singer, der Kopf des Schwindels, bestätigte, dass eine große Spende manchmal dafür sorgt, einem gering qualifizierten Bewerber einen Zugang durch die »Hintertür« zu verschaffen. Seine eigene Technik, die er als »Seiteneingang« bezeichnete, sah er daher lediglich als kostengünstige Alternative. Seinen Kunden sagte er, die übliche Hintertür sei »zehnmal so teuer« wie sein Betrugssystem, und dazu auch noch unzuverlässiger. Eine große Spende für eine Uni biete keine Garantie für einen Studienplatz – sein Seiteneingang mit Bestechungsgeldern und falschen Prüfungsergebnissen dagegen schon. »Meine Familien wollen eine Garantie«, erklärte er. [6]

Auch wenn Geld sowohl Zulassungen durch die Hintertür als auch durch den Seiteneingang erkaufen kann, sind diese beiden Zugangsformen moralisch gesehen nicht identisch. Zunächst einmal ist die Hintertür legal, was für den Seiteneingang nicht zutrifft, wie der Staatsanwalt betonte: »Wir reden hier nicht über die Spende für ein Gebäude, damit Ihr Sohn oder Ihre Tochter mit höherer Wahrscheinlichkeit von einer Uni angenommen wird. Wir reden von Täuschung und Betrug, von gefälschten Prüfungsnoten, gefälschten Sportbescheinigungen, gefälschten Fotos und bestochenen Universitätsangestellten.« [7]

Mit ihren Anklagen gegen Singer, seine Kunden und die bestechlichen Trainer erklärten die Bundesanwälte den Universitäten nicht, dass sie keine Plätze für Studienanfänger verkaufen durften; sie zerschlugen lediglich ein betrügerisches Netzwerk. Abgesehen von der Legalität unterscheiden sich die

Hintertür und der Seiteneingang aber noch in einem anderen Punkt: Wenn Eltern ihren Kindern den Studienplatz durch eine große Spende erkaufen, geht das Geld an die Uni, die es dafür verwenden kann, die für alle angebotene Ausbildung zu verbessern. Bei Singers Masche geht das Geld an Dritte, weshalb der Universität wenig oder gar nicht geholfen ist. (Zumindest eine der von Singer bestochenen Personen, der Segeltrainer in Stanford, verwendete das Bestechungsgeld anscheinend zur Unterstützung des Segelprogramms. Andere steckten das Geld in die eigene Tasche.)

Unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit kann man jedoch nur schwer zwischen der Hintertür und dem Seiteneingang unterscheiden. Beide verschaffen den Kindern wohlhabender Eltern einen Vorteil, weil sie anstelle von besser qualifizierten Bewerbern angenommen werden. Beide ermöglichen es dem Geld, sich über Leistung und Verdienst hinwegzusetzen.

Eine Zulassung aufgrund von Leistung definiert den Zugang durch die Vordertür. Mit Vordertür ist – in Singers Worten – gemeint, dass man es »aus eigener Kraft schafft«. Diesen Zugangsweg halten die meisten Menschen für fair; Bewerber sollten aufgrund der eigenen Leistung und nicht wegen des Geldes der Eltern angenommen werden.

In der Praxis ist es selbstverständlich nicht ganz so einfach. Denn Geld schwebt sowohl über der Vordertür als auch über der Hintertür. Maßstäbe für Leistung sind nur schwer von wirtschaftlichem Vorteil abzulösen. Standardtests wie der SAT geben vor, die Leistung als solche zu messen, so dass Schüler

mit bescheidenem Hintergrund ihre intellektuellen Fähigkeiten demonstrieren können. In Wahrheit spiegeln SAT-Noten das Familieneinkommen jedoch recht genau wider. Je reicher die Familie eines Schülers ist, desto höher ist die Bewertung, die er oder sie wahrscheinlich bekommen wird. [8]

Wohlhabende Eltern melden ihre Kinder nicht nur bei Vorbereitungskursen für den Test an, sie stellen auch private Zulassungsberater ein, um ihre Bewerbungen aufzupolieren, schreiben sie für Tanz- und Musikstunden ein, lassen sie in Elite-Sportarten wie Fechten, Squash, Golf, Tennis, Rudern, Lacrosse und Segeln ausbilden, wodurch sie sich für die Aufnahme in Uni-Mannschaften qualifizieren können, und schicken sie an weit entfernte Orte, um gute Werke zu vollbringen und so zu zeigen, dass sie sich für die Unterdrückten einsetzen. All das gehört zu den kostspieligen Wegen, auf denen begüterte, anspruchsvolle Eltern ihren Nachwuchs für den Kampf um eine Zulassung rüsten.

Und dann gibt es noch die Studiengebühren. Sieht man von der Handvoll Unis ab, die reich genug sind, Studenten ungeachtet ihrer finanziellen Möglichkeiten aufzunehmen, werden bei allen anderen Colleges diejenigen, die keine finanzielle Hilfe brauchen, mit größerer Wahrscheinlichkeit angenommen als die bedürftigen Bewerber. [9]

Angesichts dieser Tatsachen überrascht es nicht, dass mehr als zwei Drittel der Studenten an den Unis der Ivy League aus den oberen 20 Prozent der Einkommensskala stammen; in Princeton und Yale kommen mehr Studenten aus dem obersten

Prozent als aus den unteren 60 Prozent des Landes. [10] Diese erstaunliche Ungleichheit beim Zugang ist zum Teil auf Zulassungen von Kindern von Ehemaligen oder Großspendern zurückzuführen (die Hintertür), aber auch auf die Vorteile, die Kinder aus bessergestellten Familien durch die Vordertür befördern.

Kritiker sehen in dieser Ungleichheit einen Beleg dafür, dass das Hochschulwesen nicht die Leistungsgesellschaft ist, die es zu sein behauptet. Aus dieser Perspektive ist der Skandal bei den Uni-Zulassungen ein ungeheuerliches Beispiel für die weiter reichende, allgegenwärtige Unfairness, die verhindert, dass die höhere Bildung sich zu dem meritokratischen Grundsatz aufschwingt, den sie predigt.

Ungeachtet ihrer Differenzen teilen diejenigen, die den Betrugsskandal für eine schockierende Abweichung von der normalen Praxis der Studienplatzvergabe halten, und diejenigen, die ihn als Extrembeispiel einer bei den Uni-Zulassungen bereits vorherrschenden Tendenz betrachten, eine gemeinsame Voraussetzung: Studenten sollten von den Universitäten nicht aufgrund von Faktoren, die sie nicht selbst in der Hand haben, sondern wegen ihrer eigenen Fähigkeiten und Talente aufgenommen werden. Und sie stimmen zumindest implizit darin überein, dass diejenigen, die aufgrund ihrer Leistung reinkommen, sowohl ihre Zulassung als auch die daraus erwachsenden Vorteile verdient haben.

Falls diese verbreitete Ansicht zutrifft, liegt das Problem der Leistungsgesellschaft nicht in ihrem Prinzip, sondern an

unserer Unfähigkeit, entsprechend zu leben. Die politische Debatte zwischen Konservativen und Liberalen bestätigt das. Unsere öffentlichen Auseinandersetzungen befassen sich nicht mit der Meritokratie selbst, sondern damit, wie sie zu erreichen ist. So meinen Konservative beispielsweise, dass eine Politik der sogenannten positiven Diskriminierung (»affirmative action«), die Hautfarbe und Ethnie als Faktoren bei der Zulassung berücksichtigt und Minderheiten bevorzugt behandelt, auf einen Verrat an den auf Leistung beruhenden Zulassungen hinausläuft. Liberale hingegen verteidigen das Vorgehen als Möglichkeit, bestehende Unfairness auszugleichen; sie meinen, eine wahre Meritokratie könne nur erreicht werden, wenn man die Privilegierten und die Benachteiligten unter gleichen Bedingungen antreten lasse.

Doch diese Debatte verkennt die Möglichkeit, dass das Problem mit der Meritokratie tiefer geht.

Sehen wir uns den Zulassungsskandal noch einmal an. Die Empörung konzentrierte sich zumeist auf den Betrug und die damit verbundene Unfairness. Ebenso beunruhigend sind jedoch die Einstellungen, die den Betrug überhaupt erst motivierten. Im Hintergrund des Skandals stand eine Ansicht, die uns inzwischen so vertraut ist, dass wir sie kaum noch bemerken – nämlich dass die Zulassung zu einer Elite-Universität eine höchst begehrte Auszeichnung sei. Der Skandal erregte nicht nur deshalb Aufmerksamkeit, weil Prominente und Moguln des Privatkapitals darin verwickelt waren, sondern

auch, weil der Zugang, den sie sich erkaufen wollten, als Objekt fiebrigen Strebens so allgemein begehrt war.

Woran liegt das? Warum ist die Zulassung an einer prestigeträchtigen Universität zu einem so leidenschaftlich angestrebten Gut geworden, dass privilegierte Eltern betrügen, um ihre Kinder dort unterzubringen? Warum zahlen sie – knapp am Betrug vorbei – Zehntausende von Dollar an private Zulassungsberater und für Vorbereitungskurse, um die Chancen ihrer Kinder zu steigern? Warum verwandeln sie deren Jahre an der High School in einen von Stress erfüllten Spießrutenlauf aus Kursen auf College-Niveau, dem Aufbau eines beeindruckenden Lebenslaufs und einem von Druck geprägten Strebertum? Wieso hat die Zulassung zu Elite-Universitäten in unserer Gesellschaft eine derart herausragende Bedeutung erlangt, dass das FBI umfangreiche Ressourcen darauf verwenden muss, den Schwindel aufzudecken, der dann monatelang die Schlagzeilen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit beherrscht – von der Anklage bis zur Verurteilung der Übeltäter?

Die Zulassungsbesessenheit ist aus der in den letzten Jahrzehnten zunehmenden Ungleichheit hervorgegangen. Sie spiegelt die Tatsache wider, dass mittlerweile sehr viel mehr davon abhängt, wer wo reinkommt. Als die reichsten zehn Prozent sich von den anderen absetzten, wurde der Einsatz für den Besuch einer prestigeträchtigen Uni höher. Noch vor 50 Jahren war die Bewerbung für eine Universität weit weniger nervenaufreibend. Kaum 20 Prozent der Amerikaner

[49] Robert F. Kennedy, Presseerklärung, Los Angeles, 19. Mai 1968, in Guthman und Allen (Hrsg.), *RFK: Collected Speeches*, S. 385f.

[50] Oren Cass, *The Once and Future Worker: A Vision for the Renewal of Work in America* (New York: Encounter Books, 2018).

[51] Ebd., S. 161–174.

[52] Peter S. Goodman, »The Nordic Way to Economic Rescue«, *The New York Times*, 28. März 2020, abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2020/03/28/business/nordic-way-economic-rescue-virus.html>; Richard Partington, »UK Government to Pay 80 % of Wages for Those Not Working in Coronavirus Crisis«, *The Guardian*, 20. März 2020, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/uk-news/2020/mar/20/government-pay-wages-jobs-coronavirus-rishi-sunak>; Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, »Jobs Aren't Being Destroyed This Fast Elsewhere. Why Is That?«, *The New York Times*, 30. März 2020, abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2020/03/30/opinion/coronavirus-economy-saez-zucman.html>.

[53] Cass, *The Once and Future Worker*, S. 79–99.

[54] Ebd., S. 115–139.

[55] Ebd., S. 25–28, 210ff.

[56] Ebd., S. 26, 211f.

[57] Robin Greenwood und David Scharfstein, »The Growth of Finance«, *Journal of Economic Perspectives*, vol. 27, no. 2, Frühjahr 2013, S. 3ff., abrufbar unter: <https://pubs.aeaweb.org/doi/pdfplus/10.1257/jep.27.2.3>; sie zitieren aus Thomas Philippon und Ariell Reshef, »Wages and Human Capital in the U.S. Financial Industry: 1909–2006«, NBER Working Paper 14644 (2009) zu Einkommen bei Finanzdienstleistungen; Adair Turner, *Between Debt and the Devil: Money, Credit, and Fixing Global Finance* (Princeton: Princeton University Press, 2016), S. 1, 7, 19ff.; siehe auch: Greta R. Krippner, *Capitalizing on Crisis: The Political Origins of the Rise of Finance* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2011), S. 28.

[58] Rana Foroohar, *Makers and Takers: The Rise of Finance and the Fall of American Business* (New York: Crown Business, 2016); Adair Turner, *Economics After the Crisis: Objectives and Means* (Cambridge, MA: MIT Press, 2012), S. 35–55; J. Bradford Delong, »Starving the Squid«, *Project Syndicate*, 28. Juni 2013, abrufbar unter: <https://www.project-syndicate.org/commentary/time-to-bypass-modern-finance-by-j-bradford-delong>.

[59] Adair Turner, »What Do Banks Do? Why Do Credit Booms and Busts Occur and What Can Public Policy Do About It?«, in *The Future of Finance: The LSE Report*, London School of Economics (2010), abrufbar unter: <https://harr123et.wordpress.com/download-version>.

[60] Michael Lewis, *Flash Boys: A Wall Street Revolt* (New York: W.W. Norton & Company, 2015), S. 7–22.

[61] James Tobin, »On the Efficiency of the Financial System«, *Lloyds Bank Review*, Juli 1984, S. 14, zitiert in Rana Foroohar, *Makers and Takers*, S. 53f.

[62] Rana Foroohar, *Makers and Takers*, S. 7.

[63] Warren E. Buffet, »Stop Coddling the Super-Rich«, *The New York Times*, 14. August 2011, abrufbar unter: <https://www.nytimes.com/2011/08/15/opinion/stop-coddling-the-super-rich.html>.

[64] Später relativierte Ryan seine Aussage. Siehe: Paul Ryan, »A Better Way Up From Poverty«, *The Wall Street Journal*, 15. August 2014, abrufbar unter: https://www.wsj.com/articles/paul-ryan-a-better-way-up-from-poverty-1408141154?mod=article_inline; Greg Sargent, »Paul Ryan Regrets That ›Makers and Takers‹ Stuff. Sort of, Anyway«, *The Washington Post*, 23. März 2016, abrufbar unter: <https://www.washingtonpost.com/blogs/plum-line/wp/2016/03/23/paul-ryan-regrets-that-makers-and-takers-stuff-sort-ofanyway>.

[65] Rana Foroohar, *Makers and Takers*, S. 13.

[66] Ebd., S. 277.

Schluss: Leistung und das Gemeinwohl

[1] Howard Bryant, *The Last Hero: A Life of Henry Aaron* (New York: Pantheon Books, 2010), S. 23–27.

[2] Ebd., S. 25.

[3] R.H. Tawney, *Equality* (1931, nachgedruckte Ausgabe, HarperCollins Publishers, 5th ed., 1964).

[4] Ebd.

[5] James Truslow Adams, *The Epic of America* (Garden City, NY: Blue Ribbon Books, 1931), S. 404.

[6] Ebd.

[7] Ebd., S. 414f.

[8] Ebd., S. 415.

[9] In diesem Abschnitt beziehe ich mich auf Michael J. Sandel, *Was man für Geld nicht kaufen kann: Die moralischen Grenzen des Marktes* (Berlin: Ullstein, 2012), S. 250.